

12.04.2017

Niederschrift 001/2017

Ausschuss für Bildung und Kultur

am 21.02.2017 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.001-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 16:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Christine Hupe

Kreistagmitglieder SPD

Frau Angelika Chur

Vertretung für Herrn Dirk Kolar

Frau Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Udo Holz

Frau Ingrid Kroll

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Hugo Becker

Dr. Dr. Günter Dresselhaus

Vertretung für Herrn Stefan Hippler

Kreistagmitglieder CDU

Herr Peter Dörner

Herr Herbert Krusel

Frau Elke Middendorf

Vertretung für Frau Ursula Schmidt

Herr Martin Niessner

Frau Martina Plath

Sachkundige Bürger/innen CDU

Frau Susanne Melchert

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hartmut Hegewald-Gnad

Sachkundige Bürger/innen Linksfraktion

Herr Karl-Heinz Schimpf

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Peter Bredohl

Kreistagmitglieder FDP

Herr Julius Will

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Ludger Büngener

Herr Jürgen Artmann

Frau Angelika Burkholz

Herr Arno Franke

Frau Kornelia Henning-Puls

Herr Günter Michel

Herr Günter Schmidt

Herr Michael Schulze Kersting

Frau Bettina Vorberg

Frau Susanne Wächter

Vertretung für Herrn Helmut Gravert

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Frau Anja Seeber, Fachbereichsleiterin

Frau Stefanie Kettler, Leiterin Stabsstelle KU

Herr Hartmut Biermann, Fachdienstleiter

Herr Arne Reimann, Stabsstelle KU

Frau Ingelore Klemp, Schriftführerin

Frau Hupe begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 09.02.2017 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 015/17 | Standortverlagerung der Sonnenschule |
| Punkt 3 | 012/17 | Entwicklung der Bildungsgänge an den Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises Unna |
| Punkt 4 | | Aufbau des Schulverwaltungsnetzes;
mündlicher Bericht |
| Punkt 5 | 009/17 | Vergabe von Mitteln der allgemeinen Kulturförderung |
| Punkt 6 | 008/17 | Außerplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln für den geplanten Skulpturenpark Haus Opherdicke;
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, GFL-Lünen/UWG-Selm und Linksfraktion, der Gruppe PIRATEN und der FW vom 20.01.2017 |
| Punkt 7 | | Neustrukturierung der Stabsstelle Kultur |

- Punkt 8** Vorstellung des neuen Kurators, Herrn Arne Reimann
- Punkt 9** 010/17 Kooperationsvertrag Schulsport mit dem KreisSportBund e.V.
- Punkt 10** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 11** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

Punkt 2 015/17 Standortverlagerung der Sonnenschule

Erörterung

Herr Dr. Timpe bezieht sich auf die Erläuterungen in der Drucksache 015/17 und erklärt, dass die Verwaltung die Umsetzung des Schullandschaftsbeschlusses bezüglich der Verlagerung des Standortes der Sonnenschule auf fünf Jahre aussetzen wolle und in dieser Zeit die Schülerzahlenentwicklung an der Sonnenschule weiter überprüfen werde. Der maßgebliche Grund dafür sei die aktuelle Schülerzahlenentwicklung. An der Sonnenschule bestehe in dem angesprochenen Zeitraum kein besonderer Investitionsbedarf. Die laufenden Kosten seien überschaubar und mit Blick auf die Kreisumlage irrelevant. Das habe man in der Schuldezernentenkonferenz am 10.02.2017 mit den Städten und Gemeinden erläutert und abgestimmt. Die Absicht des Kreises werde einhellig unterstützt. Die Schulaufsicht der Bezirksregierung stimme diesem Vorhaben ebenfalls zu. Die Drucksache 015/17 sei als Kenntnisnahme angelegt worden und enthalte keinen Beschlusstext. Aus verschiedenen Gründen habe man die Auffassung vertreten, dass es zur Aussetzung der Umsetzung keines Kreistagsbeschlusses oder ergänzender, korrespondierender Beschlüsse der Städte und Gemeinden bedürfe, sondern dass man, wie erläutert, verfahren könne. Die CDU-Fraktion sei jedoch mit dem Wunsch an die Verwaltung herangetreten, heute einen entsprechenden Beschluss zu fassen, um damit der Verwaltung den Rücken zu stärken. Deshalb schlage er folgenden Beschluss vor: „Der Ausschuss für Bildung und Kultur stimmt dem Vorhaben der Verwaltung zu“.

Herr Bredohl merkt unter Bezugnahme auf die Beurteilungen des Habeck-Gutachtens zur Harkort- und Sonnenschule an, dass durch die Dezentralisierung der Sonnenschule die Schulwege verkürzt werden sollten. Das schein jetzt nicht mehr wichtig zu sein. Denn die gestiegene Zahl der Schüler lasse sich wahrscheinlich im Moment nur noch an der Sonnenschule unterbringen. Er sei der Auffassung, dass eigentlich schon im Vorfeld klar gewesen sei, diese Unterbringung an den dezentralen Stellen vorzunehmen mit eigenen Schülern und den Schülern, die jetzt nicht mehr an den einzelnen Förderschulen beschult werden könnten. Von

daher sei vorauszusehen gewesen, dass die Schülerzahlen steigen würden. Das habe Herr Dr. Habeck auch nicht richtig beurteilt.

Er weise schon jetzt darauf hin, dass im Förderzentrum Nord die schulischen und räumlichen Verhältnisse so beengt seien, dass sich auch dort das Angedachte nicht umsetzen lasse und das Konzept einer Arbeitsgruppe in keinsten Weise umgesetzt werde. Deshalb erscheine ihm eine Änderung des Gutachtens im Fall der Sonnenschule wahrscheinlich notwendig. Er halte das aber für nicht befriedigend.

Herr Dr. Timpe erklärt, dass die angesprochenen Sachverhalte nicht unmittelbar etwas miteinander zu tun hätten, außer, dass sie Themen in dem von Herrn Dr. Habeck erstellten Gutachten seien. Er biete den Mitgliedern dieses Ausschusses die Teilnahme an einer Rundfahrt des Unterausschusses für Hoch- und Tiefbauangelegenheiten am 31. Mai dieses Jahres an. Man werde alle neuen Standorte besuchen und Gelegenheit haben, sich vor Ort ein Bild zu machen und mit den Schulleitungen zu sprechen.

Das Thema „Ehemalige städtische Harkortschule“ habe man hinlänglich beleuchtet und festgestellt, dass das Problem eigentlich nur durch die Aufstellung weiterer Container zu lösen sei. Hier werde eine andere Lösung herbeigeführt, um im Hinblick auf den durch den Kreistag erteilten Planungsauftrag und den Baubeschluss, der in der Juni-Sitzung des Kreistages gefasst werden solle, so schnell und konsequent wie möglich handeln zu können. Herr Dr. Timpe macht deutlich, dass die Unwirtschaftlichkeit der Ertüchtigung des Gebäudes wegen der Kernsubstanz nicht Herrn Dr. Habeck anzulasten sei.

Die Schülerzahlenentwicklung an der Sonnenschule habe im Wesentlichen, seiner Wahrnehmung nach, auch etwas mit der Personalausstattung der Förder- und Regelschulen zu tun. Offensichtlich entscheide der Elternwille an den Regelschulen. Dort herrschten Bedingungen, die bei etlichen Eltern mit schulpflichtigen Kindern zu dem Schluss führten, dass eine Förderung ihres Kindes an Förderschulen des Kreises trotz weiterer Anfahrtszeiten etc. möglicherweise zielführender und besser sei. Die Sonnenschule habe in gewisser Weise immer für sich gestanden. Aber im Unterschied zur Regenbogenschule z.B. sei dort eine eher isolierte Betrachtung vorgenommen worden. Man könne das jedoch nicht von den Bedingungen, die auch in diesem Förderbereich an den Regelschulen bestünden, abkoppeln. Das gelte generell auch für das Förderzentrum Nord, mit Ausnahme des Förderzentrums Unna/Harkortschule. An allen anderen Standorten könne man definitiv noch reagieren, sollten sich die Schülerzahlen gegen den Trend und alle Erwartungen entwickeln.

Herr Will schließt sich den Aussagen von Herrn Dr. Timpe an und erklärt, dass die FDP-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung, die Standortverlagerung der Sonnenschule auszusetzen, mittrage.

Herr Bangert zeigt sich mit Blick auf die Schülerzahlenentwicklung an der Sonnenschule erfreut darüber, dass es zu dieser Lösung kommen werde.

Herr Dörner führt aus, dass man über die Einrichtung der Förderzentren und Förderschulen im Kreis Unna in Kreisträgerschaft erfreut sei und dieses alternative Angebot gemacht habe. Die Nachfrage zeige, dass man richtig gelegen hätte. Man sei froh darüber, die Möglichkeiten in Kamen zu haben, den Beschluss auf fünf Jahre auszusetzen. Das habe die volle Unterstützung der CDU-Fraktion. Daher auch der Wunsch der CDU-Fraktion, das als Beschluss zu formulieren, um der Verwaltung den Rücken zu stärken und den Willen der Politik deutlich zu machen. Den zuvor verwaltungsseitig formulierten Beschlussvorschlag könne seine Fraktion auf jeden Fall mittragen. Das wünsche er sich auch von den anderen Fraktionen und Gruppen als Signal nach außen.

Herr Engelhardt stimmt für die SPD-Fraktion dem Vorschlag der CDU-Fraktion und der Verwaltung zu.

Herr Schimpf zeigt sich verärgert über die geäußerten Ansichten und kritisiert, dass man sich hier loben, mehrere Förderschulen geschlossen zu haben, wodurch den Schülerinnen und Schülern weite Schulwege aufgezwungen worden seien. Er wisse nicht, ob man wirklich geglaubt habe, dass auf diese Art und Weise die Leute bereit seien, ihre Kinder jetzt in Schwerte auf das Gymnasium oder auf die Gesamtschule zu schicken. Jeder habe von vornherein sehen können, dass mit dieser Art der Ausstattung des Landes eine Nachfrage nach Plätzen in der Förderschule erhalten bleibe und sich sogar noch verstärke. Das sei genau das Ergebnis. Darauf stolz zu sein und sich zu freuen, das finde er schon seltsam.

Herr Dr. Timpe erklärt, dass er die Verärgerung verstehe. Es handele sich hier jedoch um das falsche Gremium. Wenn man über die Schließung von Förderschulen spreche, müsse man das in den Räten der Städte und Gemeinden tun. Der Kreis habe Förderschulen übernommen und neu gegründet. Man habe sich erklärtermaßen entschieden, im Unterschied zu dem, was andernorts beschlossen und betrieben worden sei, ein Förderschulsystem im Kern aufrecht zu erhalten. Er glaube, dass niemandem diese Grundentscheidung schwer gefallen sei, unabhängig davon, ob es im Trend der großen landes- und bundespolitischen Inklusionsdiskussion richtig war. Insofern teile er diese Auffassung. Dass es für die Betroffenen mit schwierigen Anpassungs- und Umstellungsprozessen verbunden sei, so denke er, sei allen klar. Das betreffe nicht nur Schülerinnen und Schüler und deren Eltern, sondern auch Lehrerinnen und Lehrer, die dort unterrichtet hätten. Der Zange zwischen Veränderung des Schulrechts einerseits und Schulmindestgrößenverordnung andererseits könne niemand ausweichen. Das sei weder eine freie Entscheidung auf Ebene der Städte und Gemeinden noch auf Kreisebene gewesen. Er verstehe den Ansatz und auch den Ärger. Er sei aber auch der Auffassung, dass der Kreis sich im Rahmen des Möglichen vernünftig verhalten habe und, so gut es ging, die Situation mit den Städten und Gemeinden angegangen sei.

Frau Hupe erklärt, dass gerade in diesem Fall keine Härte produziert werde. Im Gegenteil: Man laufe offene Türen ein. Es sei ja durchaus auch ein Wunsch, diesen Standort zu erhalten und dementsprechend könne man diesen Beschluss, wie gewünscht, fassen und zur Abstimmung stellen.

Beschluss

Der Vorschlag der Verwaltung wird unterstützt, die Umsetzung des Beschlusses zur Teilung und Standortverlagerung der Sonnenschule in Kamen-Heeren für die Dauer von fünf Jahren auszusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (2 Enthaltungen, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG –Selm)

Punkt 3 012/17 Entwicklung der Bildungsgänge an den Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises Unna

Die DS 012/17 zur Entwicklung der Bildungsgänge an den Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises Unna wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 Aufbau des Schulverwaltungsnetzes; mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Biermann berichtet zum Aufbau des Schulverwaltungsgesetzes (siehe Anlage) und beantwortet zwischenzeitlich verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Dr. Timpe erklärt, dass die Städte und Gemeinden als Schulträger über die Umsetzung des Schulverwaltungsnetzaufbaues informiert würden. Möglicherweise ergäben sich Möglichkeiten für eine Interkommunale Zusammenarbeit zum Nutzen der Schulen in städtischer Trägerschaft.

Punkt 5 009/17 Vergabe von Mitteln der allgemeinen Kulturförderung

Beschluss

Der **Kunstverein Lünen** erhält einen Zuschuss in Höhe von 240,00 € zur Realisierung der Ausstellung mit Fotografien von Annelise Kretschmer.

Der **Verein zur Förderung der Arbeit des Westfälischen Literaturbüros in Unna e.V.** erhält 1.200,00 € für die Durchführung einer Open Air-Literaturveranstaltung im Unnaer Nicolaiviertel.

Der **Madrigalchor Fröndenberg** erhält 310,00 €, um das Konzert „Die Weihnacht nach alten und neuen Weisen“ des Komponisten Arthur Piechler zur Aufführung bringen zu können.

Die Stiftung zur Förderung Geistlicher Musik „**Musica Sacra Westfalica**“ erhält einen Zuschuss in Höhe von 1.500,00 € zur Realisierung der Aufführung der h-Moll Messe von Bach in der Kirche St. Christophorus Werne.

Das **Ruhrstadt Orchester Schwerte** wird mit 1.500,00 € zum Zwecke der Durchführung eines Jugendkonzertes mit Chor und Orchester in der St. Viktor-Kirche Schwerte bezuschusst.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung FDP-Fraktion)

Punkt 6 008/17 Außerplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln für den geplanten Skulpturenpark Haus Opherdicke; Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, GFL-Lünen/UWG-Selm und Linksfraktion, der Gruppe PIRATEN und der FW vom 20.01.2017

Erörterung

Herr Dr. Timpe berichtet über die zu diesem Thema in der gestrigen Sitzung der Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke getroffenen Vereinbarungen. Mit Blick darauf sei es aus seiner Sicht vernünftiger, das heute nicht weiter zu vertiefen und zurückzustellen, bis sich nach einer weiteren Sitzung der Kommission im Vorfeld des Kreistages im Juni der Sachverhalt geklärt habe.

Herr Hegewald-Gnad erklärt, dass seiner Fraktion nicht ganz klar sei, was die 20.000 Euro mit einer eventuellen Rückstellung des Antrages zu tun hätten. Die Summe sollte wieder in den Haushalt eingestellt werden, um sicherzustellen, dass die Skulpturen auf Haus Opherdicke aufgestellt würden.

Herr Will erklärt vor dem Hintergrund der Beratungen der gestrigen Kommission und den Ausführungen von Herrn Dr. Timpe, dass er kein Problem damit habe, heute nicht über den Antrag abzustimmen.

Herr Schimpf äußert, dass er nicht der Ansicht sei, dass man den Antrag zurückziehen sollte. Er meine, dass die Frage nach den Kosten für die Aufstellung der Skulpturen nichts mit dem Haushaltsansatz zu tun habe. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Wochen sei es im Kreis nicht ungewöhnlich, Dinge so lange zu verschieben, bis sie nicht mehr umgesetzt werden könnten. Dem entgegenzuwirken, dazu diene dieser Antrag. Es gehe nur darum, die 20.000 Euro wieder im Haushalt einzustellen, damit diese Mittel für die notwendige Aufstellung der Skulpturen zur Verfügung stünden. Er sei der Ansicht, dass man das ohne Weiteres beschließen könne, um damit ein wenig den Druck zu erhöhen, die Skulpturen auch aufzustellen.

Herr Dr. Wilk erläutert, dass die 13 Puccinelli-Skulpturen, die derzeit in der Stiftskirche auf Schloss Cappenberg ausgestellt würden, im Eigentum des Kreis Unna stünden. Er weist zu diesem Thema auf eine umfangreiche E-Mail-Korrespondenz zwischen der in Florenz ansässigen Erbin der Skulpturen, Frau Puccinelli-Biswas, und dem Kreis Unna hin, in der es um verschiedene Formulierungen gegangen sei, und zwar um den Begriff „given to property“ und nicht nur „given to permanent terms“. Das habe man sich übersetzen lassen: „given to property“ bedeute „zu Eigentum“. Die Korrespondenz könne bei ihm eingesehen werden. An dieses Eigentum sei die Auflage geknüpft, die Skulpturen öffentlich, draußen und im Park von Haus Opherdicke zu zeigen. Das bezeichne man als „bedingtes Eigentum“ und bedeute, dass dieses Eigentum rückabgewickelt werden müsse, wenn die Auflage nicht erfüllt werde. Die Auflage sei jedoch nicht zeitlich gebunden, so dass aus Sicht des Kreises auch möglich wäre, die Skulpturen mit dem Haushalt 2018 zu präsentieren. Demnach bestehe keine Notwendigkeit für eine außerplanmäßige Bereitstellung dieser investiven Mittel. Man habe überhaupt keine Veranlassung, irgendetwas versanden zu lassen. Es gehe nur um die Frage der Erarbeitung eines Konzeptes. Damit sei auch die Kostenfrage verbunden. Die 20.000 Euro hätten als Platzhalter im Haushalt gestanden, der eine realistische Größenordnung abbilde. Ob es jetzt genau 20.000 Euro seien, wisse man in acht Wochen.

Herr Dr. Timpe ergänzt zu den Bedenken von Herrn Schimpf und zur letzten Anmerkung von Herrn Dr. Wilk, dass man wissen sollte, was man wann und wo machen wolle. In der gestrigen Sitzung der Kommission habe man über den Basisvorschlag hinaus, der im Gartenkonzept der Landschaftsplaner skizziert worden sei, diskutiert. Dieser könnte relativ schnell umgesetzt werden. Wenn es darauf hinausliefe, wüsste man, dass eine Umsetzung unmittelbar (in 2017) möglich wäre. Es stelle sich allerdings die Frage, ob es sinnvoll sei, die Umsetzung bei möglichen baulichen Erfordernissen im Sommer zu erledigen, wenn der Park intensiv genutzt werde. Das müsse man klären. Gestern sei mit Blick auf die Sicherheit und Beschädigungen der Skulpturen eine zweite Variante diskutiert worden, die definitiv nicht im laufenden Jahr umgesetzt werden könne. Von daher schlage er vor, es zunächst auf sich beruhen zu lassen und abschließend zu beraten, wenn ein entsprechender Vorschlag der Kommission für den Kreistag vorgelegt werde.

Herr Will spricht sich vor dem Hintergrund der Geschehnisse in der Zeit zwischen den Jahren dafür aus, konstruktiv dazu beizutragen, das, was dort kaputt gegangen sei, wieder herzustellen. Nach all dem könne er nur appellieren, sich zu sammeln und eine möglichst abgestimmte, seriöse und konstruktive Politik zu machen. Von daher werde der Antrag nicht zurückgezogen und bleibe im Verfahren. Wenn dann die Kostenschätzungen der Landschaftsplaner vorlägen, könnte gegebenenfalls eine Änderung des Antrages erfolgen.

Herr Schimpf äußert, dass er die ganze Diskussion nicht nachvollziehen könne und fragt, warum man nicht jetzt im Haushalt die Mittel zur Verfügung stelle. Sie waren vorher eingestellt und seien nach Aussage von Herrn Dr. Timpe solide geschätzt gewesen.

Alsdann stellt sich Herr Reimann dem Ausschuss vor. Er schildert ausführlich die jeweiligen Stationen seines beruflichen Werdeganges. Seine Passion sei das Entwickeln, Gestalten und Realisieren von Ausstellungen. Das habe sich bereits kurz nach seinem Studienbeginn für Kunstgeschichte und Philosophie an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf abgezeichnet. Durch seine langjährige Beschäftigung mit zeitgenössischer und moderner Kunst habe er sich einen reichen und vielfältigen Erfahrungsschatz aufgebaut. Nun freue er sich sehr, diese Erfahrungen mitbringen zu können, Bewährtes zu schätzen und zu bewahren, Fragen zu stellen, eine andere Perspektive anzubieten und am Profil der beiden Ausstellungshäuser weiterhin im Dialog mit allen Beteiligten feilen zu dürfen.

Herr Dr. Wilk kündigt an, dass geplant sei, einmal im Jahr zukünftige Planungen von Ausstellungen diesem Ausschuss vorzustellen.

Punkt 9 010/17 Kooperationsvertrag Schulsport mit dem KreisSportBund e.V.

Erörterung

Herr Dr. Wilk erläutert kurz die Drucksache und erklärt, dass aufgrund noch zu klärender Detailfragen die Drucksache erst jetzt vorgelegt werden könne, deren Beantwortung die grundsätzliche Einigung jedoch nicht mehr tangiert hätten.

Herr Schimpf äußert, dass die Linksfraktion grundsätzliche Probleme damit habe, wenn öffentliche Aufgaben privatisiert würden. Wenn man jetzt sage, das spare Personalkosten, könne er sich gut vorstellen, warum diese Kosten eingespart würden. Grundsätzlich gehe es nämlich darum, öffentliche Aufgaben auf private Vereine oder ähnliches zu übertragen. Er fragt nach dem Grund für die Aufgabenübertragung. Privatisierung sei an sich nichts Gutes, sondern beseitige relativ gesicherte Arbeit im öffentlichen Bereich und verlagere Tätigkeiten auf relativ ungesicherte Tätigkeiten innerhalb der privaten Wirtschaft oder, wie in diesem Fall, der Vereine. Er frage, ob es Absicherungen über die Frage der tariflichen Bezahlung der Kolleginnen und Kollegen, die zukünftig diese Aufgaben wahrnehmen, gäbe, oder ob man das vollständig den Sportvereinen überlasse, die das mit Teilzeitkräften oder auf 450-Euro-Basis erledigten? Eine weitere Frage stelle sich ihm nach dem Beschließen im Nachhinein. Das seien für ihn Probleme und er werde gegen die Beschlussempfehlung stimmen.

Herr Dr. Wilk weist zur Beantwortung der ersten Frage auf seine vorherigen Ausführungen hin. Man habe in Haushaltsjahren gedacht und die Aufgabenübertragung auf den 01. Januar angesetzt, um damit der Jahresrechnung zu entsprechen.

Des Weiteren erklärt Herr Dr. Wilk, dass es formal eine Privatisierung sei. Man rede hier über weniger als eine Stelle. Die beiden Kollegen aus dem ehemaligen Fachbereich 41 (Kultur) seien weiterhin beim Kreis beschäftigt (Stabsstelle KU und FB 50). Man glaube, dass die Aufgabe des Schulsports mit einer viel höheren Kompetenz beim KSB erledigt werden könne. Der KSB habe einen zusätzlichen Mitarbeiter eingestellt. Im Übrigen habe man beim Kreis keine Sportzuständigkeiten.

Nach weiteren kritischen Ausführungen von Herrn Schimpf zu den Personalkosteneinsparungen erklärt Herr Dr. Wilk, dass das falsch sei. Er habe zuvor darauf hingewiesen, dass man Bereiche in der Stabsstelle KU und das Ausstellungsgeschäft gegenüber den bisherigen Ausstellungen gestärkt habe. Vergleiche man den Gesamtstellenplan des Kreises von 2016 nach 2017, könne man feststellen, dass kein Personal abgebaut worden sei. Der Kreis habe, im Gegenteil, wegen zahlreicher neu übernommener Aufgaben Personal aufgebaut.

